

GUATE-NETZ

Infobulletin Guatemala-Netz Zürich

Nr. 71 – Mai 2023

Liebe Leser:innen

Seit mehreren Jahren erlebt Guatemala nun einen Abbau des Rechtsstaates und eine zunehmende Einschränkung der Handlungsspielräume sozialer Bewegungen und Organisationen. Das Land reiht sich ein in die regionale Tendenz der Konsolidierung autoritärer Staaten: Die Auflösung der Gewaltentrennung, die Einschränkung von Grundrechten durch Ausnahmezustände, die Isolierung des eigenen Landes von der internationalen Gemeinschaft und der Ausschluss von Oppositionskandidaturen von Wahlen – Guatemala folgt den Beispielen von El Salvador und Nicaragua im Eiltempo. In diesem Kontext überwiegen die schlechten Nachrichten: Die tiefgreifende Korruption und der fehlende politische Wille verhindern eine Verbesserung der Grundversorgung der Bevölkerung wie auch die Aufarbeitung der Geschichte. Die Anzahl politischer Gefangener sowie die Zahl von Justizangehörigen, Medienschaffenden und Aktivist:innen im Exil steigt. Umso beeindruckender ist die anhaltende Widerstandskraft sozialer Bewegungen sowie der Mut und die Beharrlichkeit einzelner Personen im Kampf um Gerechtigkeit. Und umso wichtiger bleiben die internationale Aufmerksamkeit und Solidarität!

«Wir sehen die Beteiligung von Bürger:innen in verschiedenen Räumen, von Nachbarschaftskomitees über feministische Gruppen bis hin zu den Gemeinschaften und indigenen Strukturen in den Territorien,» sagt die stellvertretende Koordinatorin der *Unidad de Protección a Defensoras y Defensores de Derechos Humanos de Guatemala* (UDEFEHUGUA), Brenda Guillén, hoffnungsvoll. Und Paulo Estrada von FAMDEGUA, einer Organisation von Angehörigen von Verschwundenen, erklärt: «Die Geschichte zeigt, dass die soziale Bewegung in Guatemala sich immer wieder neu formieren konnte. Es ist noch nicht gelungen, uns auszulöschen!»

Wir wollen weiter hinschauen, zuhören, berichten und vernetzen – und wir freuen uns, wenn Sie uns auch zukünftig in diesem Engagement unterstützen. Vielen Dank!

Alice Froidevaux



«Betrug» - Demonstrationen gegen die Verhinderung der Einschreibung des Duos Thelma Cabrera und Jordán Rodas vom *Movimiento para la Liberación de los Pueblo* (MLP) für die Präsidentschaftswahlen. Foto: Prensa Comunitaria - Eslyly Melgarejo

Wahljahr: Die Konsolidierung eines autoritären Staates

Im Juni finden in Guatemala Präsidentschaftswahlen statt. Zu einem Zeitpunkt, in dem nicht mehr viel Demokratie übrigbleibt: Die öffentlichen Institutionen werden allesamt vom «Pakt der Korrupten» kontrolliert und die zivilgesellschaftlichen Handlungsräume sind massiv eingeschränkt. Das Guatemala-Netz Zürich hat mit Brenda Guillén, der stellvertretenden Koordinatorin der Unidad de protección a Defensoras y Defensores de Derechos Humanos Guatemala (UDEFEFUGA) über die aktuelle Situation gesprochen.

Michael Kohli

GUATE-NETZ: Was sind deine Gedanken zu den anstehenden Wahlen in Guatemala? Was hat sich seit den letzten Wahlen vor vier Jahren verändert?

Brenda Guillén: Was Guatemala heute erlebt, ist eine Konsolidierung des Autoritarismus. Vor einigen Jahren konnten wir noch von einer Verschlechterung der Menschenrechtssituation, von einem Rückschritt sprechen. Heute müssen wir von der Konsolidierung eines autoritären Staates sprechen, die sich in der Vereinnahmung aller öffentlichen Institutionen widerspiegelt – es gibt keine Institution, wie gross oder klein sie auch sein mag, die nicht vollständig kooptiert wurde. Das gilt auch für die Staatsanwaltschaft, was insbesondere in Bezug auf Kriminalisierungsprozesse besorgniserregend ist.

Die Kooptation der staatlichen Institutionen begann nicht erst mit der Regierung von Alejandro Giammatei, sondern bereits unter Otto Pérez Molina. Dank der Arbeit der CICIG (Internationale Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala) und der FECCI (Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straffreiheit) konnte dieser Machtkonzentration etwas entgegengesetzt werden. Doch mit der Regierung von Jimmy Morales wurde eine Kampagne zur Isolierung Guatemalas von der Aussenwelt eingeleitet, die den Weg zur vollständigen Kooptation des Staates ebnete. Nach Jimmy Morales wurde dann der machthungrige Alejandro Giammatei an die Spitze des Landes gewählt. Er hatte schon seit 20 Jahren versucht, Präsident zu werden.

Es ist wichtig zu sehen, dass diejenigen, die an die Macht kommen, lediglich Figuren sind. Hinter ihnen steht seit Jahrzehnten dieselbe guatemalteckische Oligarchie, die eng mit dem Militär verbandelt ist und schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit und einen Völkermord begangen hat. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass in Wahlkampfzeiten das organisierte Verbrechen (Drogenhandel, Auftragsmorde, etc.) als operativer Arm dieser Allianzen fungiert. Dies ist

umso absurder, als dass die rechten Präsidentschaftskandidat:innen oft mit populistischen Versprechen einer Nulltoleranz gegenüber Gewalt bei den Wähler:innen punkten.

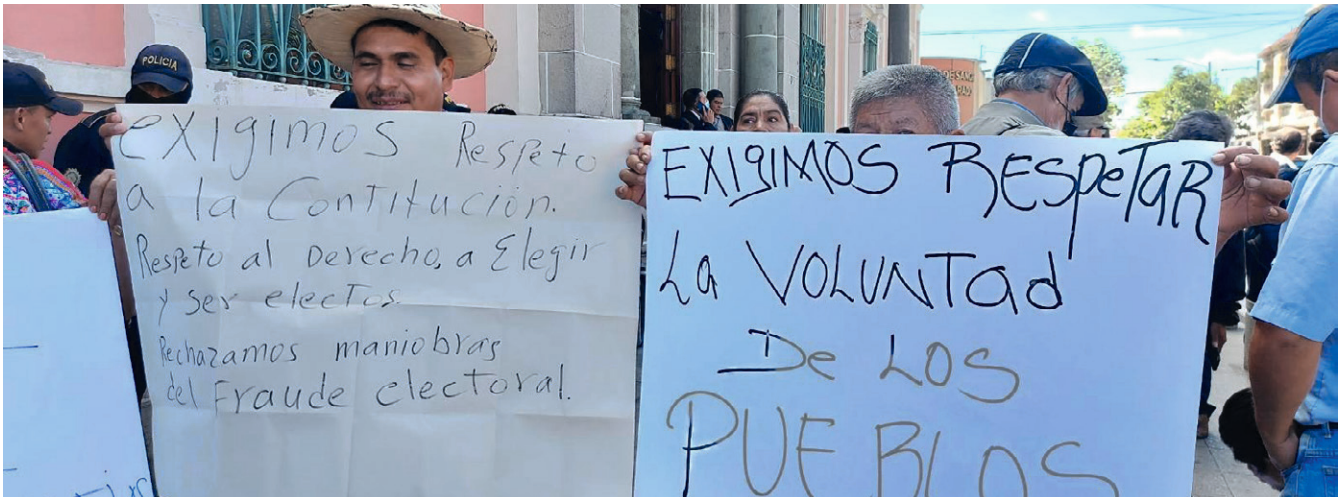
Wie demokratisch sind die Wahlen im heutigen Guatemala?

In der Vergangenheit fand Wahlbetrug hauptsächlich am Wahltag statt, d.h. man konnte der Auszählung der Stimmen nicht trauen. Heute findet der Betrug schon weit vor den Wahlen statt. Das Oberste Wahlgericht (TSE) hat verschiedene Präsidentschaftskandidaturen ausgeschlossen, darunter diejenige des Duos des linken *Movimiento para la Liberación para los Pueblos* (MLP). Die Begründungen für diese Beschlüsse sind meist fadenscheinig und das Verfahren intransparent.

Die Folge davon ist, dass wir Wahlen haben werden mit einer klaren Tendenz zu fundamentalistischen rechten Parteien. Sie sind am Schluss die einzigen, die «gewählt» werden können, um dieses Land für die nächsten vier Jahre zu regieren. Das ist eine ziemliche Ironie, wenn man bedenkt, dass es in Guatemala mehr als 30 politische Parteien gibt. Scherzhaft sagen wir, dass wir mit mehr als 30 Parteien ein Übermass an Demokratie haben. Leider ist die Realität eine andere: Es wird versucht, die politische Opposition auszuschalten, und dazu sind alle Mittel recht.

Was bedeutet die Wahlperiode für die Menschenrechtsverteidiger:innen?

In der Vergangenheit beobachtet die UDEFEGUA immer einen Anstieg der Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger:innen in der Zeit vor den Wahlen. Besorgniserregend ist, dass wir seit 2019 und in den Jahren der Pandemie auch einen generellen Anstieg der Angriffe erleben. Für das Jahr 2022 wies unser Monitoring die alarmierende Zahl von 3574 Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger:innen aus. Im



Demonstrierende fordern vor dem Obersten Wahlgericht die Respektierung der Verfassung und des Volkswillens. Foto: Prensa Comunitaria – Regina Pérez

Jahr 2019 waren es mit 494 Fällen deutlich weniger. Auch die stärker werdenden Kämpfe der Frauen spiegeln sich in den von der UDEFEGUA dokumentierten Fällen wider: In der ersten Hälfte des Jahres 2022 haben wir zum ersten Mal in den zwanzig Jahren, in denen das Register geführt wird, eine gleiche Anzahl von männlichen und weiblichen Menschenrechtsverteidiger:innen registriert, die Opfer von Angriffen wurden. Vermehrt werden auch neue «Räume» wie Social Media für die Angriffe genutzt, die eine direkte Wirkung und eine sehr grosse Reichweite haben. Wir befürchten, dass wir diese Trends auch in diesem Wahljahr beobachten werden.

Mit den Massenprotesten und dem Rücktritt von Otto Pérez Molina 2015 hatten progressive Kräfte grosse Erfolge zu verzeichnen. Es gab Hoffnung auf echte demokratische Partizipation und Rechtsstaatlichkeit. Jetzt erlebt Guatemala wie du es nennst «eine Konsolidierung eines autoritären Staates». Wie ist es dazu gekommen?

Ich denke es ist wichtig, zu verstehen nach welchen Regeln dieses Spiel gespielt wird. Ich glaube, dass eine der Strategien zur Festigung des Autoritarismus darin besteht, die Bevölkerung in ständige Angst zu versetzen. 2015 wurde über drei Monate lang jeden Samstag auf der Plaza de Constitucionalidad demonstriert. Es wurden zwar schon damals repressiv gegen die Demonstrierenden vorgegangen, aber die Repression war noch nicht so stark wie heute. Mit anderen Worten: 2015 wurde das Recht, friedlich zu demonstrieren, noch respektiert. Heute ist das nicht mehr der Fall. Bei friedlichen Demonstrationen wie denen im November 2020 ging die Polizei sehr aggressiv und unverhältnismässig vor, so dass zwei Männer durch Gummigeschosse ein Auge verloren. Solche Beispiele festigen in der Bevölkerung den Eindruck, dass es gefährlich ist, auf die Strasse zu gehen und zu demonstrieren. Und

das kommt der Regierung gelegen.

Darüber hinaus stellen wir fest, dass die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen weiter zunimmt. Sie ist zu einer der häufigsten Methoden geworden, Menschen im Kampf für Gerechtigkeit zu attackieren und sie findet gegen Personen in allen möglichen Bereichen statt, von Landrechtsverteidiger:innen, über Frauen, die sich für sexuelle und reproduktive Rechte einsetzen, bis hin zu Richter:innen und Anwält:innen. Dies zeigt uns, wie sehr der Staat jede abweichende Stimme im Lande unterdrückt.

Siehst du trotz der schwierigen Menschenrechtslage und der erodierenden Rechtsstaatlichkeit Hoffnung für die sozialen Kämpfe in Guatemala?

Es gibt noch immer sehr viel Hoffnung. Gerade die hohe Repression sorgt dafür, dass sich oppositionelle Kräfte stärker organisieren, die zurzeit noch sehr zersplittert sind. Wir sehen die Beteiligung der Bürger:innen in verschiedenen Räumen, von Nachbarschaftskomitees, über feministische Gruppen bis hin zu den Gemeinschaften und indigenen Strukturen in den Territorien. Wir in der Hauptstadt müssen unsere Arbeit mit Bezug auf diese verschiedenen Ebenen in gewisser Weise auch neugestalten, das heisst, wir müssen uns vermehrt auf die lokale Ebene fokussieren, um uns im gemeinsamen Kampf stärker zu vernetzen.

Eines der Merkmale, die den Kampf für die Menschenrechte in Guatemala auszeichnet, ist die Widerstandsfähigkeit und Ausdauer, die wir in diesem Kampf haben. Die historischen Fälle der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen haben uns viele Beispiele von Menschen gezeigt, die über Jahre und Jahrzehnte auf Gerechtigkeit warten mussten. Ein Beweis für die Beharrlichkeit der Menschenrechtsverteidiger:innen in Guatemala!

Der Fall «Diario Militar»: Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart

Paulo Estrada ist schon sein halbes Leben auf der Suche nach seinem Vater, der in den 1980er Jahren verschleppt und ermordet wurde. Er ist Mitglied von FAMDEGUA – einer Organisation von Angehörigen von Verschwundenen – und Kläger im Fall «Diario Militar». Im März war der 39-Jährige in der Schweiz und sprach mit dem Guatemala-Netz Zürich über die Bedeutung des Falles, seinen Kampf um Gerechtigkeit und über die Zukunft der Demokratie in Guatemala.

Alice Froidevaux

GUATE-NETZ: Was ist das Diario Militar?

Pablo Estrada: Das sogenannte *Diario Militar* – auch als «Todesdossier» bekannt – ist ein Dokument des militärischen Geheimdienstes, das zwischen 1983 und 1985 während des Regimes von Óscar Humberto Mejía Víctores erstellt wurde. Es besteht aus 73 Seiten, die Informationen über Operationen enthalten, die von staatlichen und parastaatlichen Akteuren gegen 195 Personen durchgeführt wurden. Die meisten waren Aktivist:innen sozialer Bewegungen und revolutionärer Organisationen. Sie wurden überwacht, und mehrheitlich entführt, gefoltert, ermordet ... Die Überreste der meisten Verschwundenen wurden bis heute nicht gefunden. Erschreckend ist insbesondere, dass Kinder im Dokument erwähnt und als «innere Feinde» von Guatemala bezeichnet wurden. Ebenso aufgeführt sind Menschenrechtsorganisationen, die angeblich im «Dienste der Subversion» standen, darunter die 1984 entstandene *Grupo de Apoyo Mutuo* (Gruppe für gegenseitige Unterstützung, GAM), die sich für die Aufklärung von Fällen von Verschwundenen einsetzt. Wer also ein verschwundenes Familienmitglied suchte, widersetzte sich der staatlichen Ordnung.

Und in diesem Dokument hast du Informationen über deinen Vater gefunden?

Über meinen Vater und meinen Onkel. Z.133 lautet die Nummer, unter der mein Vater, Otto Estrada Illescas, im *Diario* geführt wurde. Er wurde am 15. Mai 1984 festgenommen. Als Sterbedatum meines Vaters ist der 1. August 1984 vermerkt. Mein Onkel, Julio Alberto Estrada Illescas, erscheint mit der Nummer Z.156. Er wurde einen Monat später verhaftet und tauchte nie wieder auf. Wo sind sie? Wo ihre Überreste? Das sind die Fragen, die ich beantwortet haben möchte. Deshalb habe ich begonnen, mich systematisch mit dem *Diario Militar* zu befassen und mich mit anderen Angehörigen von Verschwundenen zu vernetzen.

Im Mai 2021 wurden mehrere Militäranghörige im Fall Diario Militar verhaftet. Im Mai 2022 begann das Gerichtsverfahren gegen sie. Wie kam es soweit? Und wo steht das Verfahren heute?

Es war ein langer Weg. Sowohl die Suche nach den Verschwundenen als auch die Aufarbeitung des Beweismaterials, das weit über das *Diario Militar* hinausgeht, ist der enormen Arbeit der Angehörigen zu verdanken und den Organisationen, die uns mit ihrem Fachwissen unterstützen. Wir haben über die Jahre mehr als 8000 Beweisstücke zusammengestellt, die die Grundlage für die Haftbefehle geschaffen haben. Entscheidend war auch die Rolle des Richters Miguel Angel Gálvez, der auf rechtlicher Basis weiteres Archivmaterial sicherte.

Mit den Verhaftungen haben die Angriffe auf die Kläger:innen sowie die Bedrohungen gegen mich und den vorsitzenden Richter Gálvez zugenommen. Das ging so weit, dass Gálvez sich im November 2022 gezwungen sah, das Land zu verlassen, und seither – wie viele andere Justizbeamt:innen – im Exil lebt. Seit dem Fall eine neue Richterin zugeteilt wurde, ist es zu erheblichen Rückschritten gekommen, sogar zu Freilassungen. Im Moment ist es nicht klar, wie es mit dem Fall weitergeht.

Die guatemaltekische Machtelite tut also alles, um Verurteilungen im Fall zu verhindern? Das zeigt aber auch, dass der Fall grosses Gewicht hat.

Der Fall *Diario Militar* hat einen enormen Symbolcharakter. Natürlich ist er wichtig für die direkten Opfer und Hinterbliebenen. Darüber hinaus zeigt er die Strategien des Staatsterrors der 1980er Jahre auf. Der Fall schafft es, alles zusammenzubringen, was in anderen historischen Aufarbeitungsfällen – Molina Theissen, Sepur Zarco, Creompaz etc. – bewiesen wurde. Er zeigt auf, wie die verschiedenen Militär-



An zahlreichen Fassaden in Guatemala Stadt wird an die Tausenden verschwundenen Personen erinnert. Foto: Alice Froidevaux

einheiten zusammen funktionierten, um an Informationen zu gelangen und die fichierten Personen auszulöschen.

Der Fall ist auch bedeutend, weil er die Verbindung der Vergangenheit mit der Gegenwart herstellt und einer Struktur Gesichter und Namen gibt. Personen, die damals Teil der geheimen Militärnetzwerke waren, sind heute Teil der Politik. Der angeklagte Militär Marco Antonio González Taracena war Mitgründer der Partei des heutigen Präsidenten Alejandro Giammattei. Der einzige Zivilist unter den Angeklagten, Toribio Acevedo Ramírez, ist Sicherheitsdirektor der mächtigen Firma *Cementos Progreso*. Seine Söhne arbeiten direkt für den Präsidenten. Sie verleihen privaten Sicherheitsfirmen Bewilligungen und solche Firmen sind es, die uns einschüchtern und Anschuldigungen gegen uns wie auch gegen andere Menschenrechtsverteidiger:innen fabrizieren. Was früher ein Militäргеheimdienst war, ist heute ein ziviles System der Überwachung und der Kriminalisierung. Heute gibt es vielleicht keine Verschwundenen mehr, heute sind es politische Gefangene – aber der Terror geht weiter!

Wie könnt ihr in der aktuellen Situation überhaupt noch weiterarbeiten?

Die Politik der Verfolgung macht es immer schwieriger. Die GAM steht unter enormem Druck und fürchtet, jederzeit im Rahmen des neuen NGO-Gesetzes geschlossen zu werden. Wir Angehörigen im Fall Diario Militar haben eine neue Organisation in Mexiko gegründet, damit wir aus dem Ausland weiterarbeiten können. Ich persönlich lebe zurzeit in Kanada und Mexiko und bin nur noch sporadisch in Guatemala.

Eine Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen ist leider gar nicht mehr möglich. Die aktuelle Regierung hat

bereits alle Institutionen zur Geschichtsaufarbeitung, die im Rahmen der Friedensverträge geschaffen wurden, aufgelöst. Die Justiz ist vereinnahmt und auch das Parlament agiert im Dienst der korrupten Elite. Während ein Gesetzesvorschlag zur Suche nach Verschwundenen seit zehn Jahren hängig ist, arbeiten die Abgeordneten zurzeit im Eiltempo daran, verschiedene Amnestie-Gesetze durchzuwinken.

Was bedeuten die anstehenden Wahlen für die Aufarbeitungsarbeit?

Die Wahlen in Guatemala sind komplett orchestriert. Die herrschende Elite hat bereits all jene Kandidierenden von der Wahl ausgeschlossen, die ihnen gefährlich werden könnten. Wir befinden uns bereits in einer Diktatur geringer Intensität. Derzeit wird einfach noch der Anschein demokratischer Verhältnisse gewahrt. Sollte Zury Ríos – die Tochter des Völkermörders Efraín Ríos Montt – die Wahlen wirklich gewinnen, sind die definitive Wiederherstellung des Systems der Kriegszeit und Straflosigkeit als Staatspolitik garantiert. Für die Opfer und die Angehörigen bedeutet das, dass das Warten auf Anerkennung und Gerechtigkeit weitergehen wird.

Und wie schaffst du es, weiterzumachen?

Ich habe mir diesen Kampf nicht ausgesucht, aber er ist ein untrennbarer Teil von mir geworden. Auch wenn alles aussichtslos wirkt: Wir haben als Verbände von Angehörigen viel erreicht. Ich weiss manchmal auch nicht mehr, wie wir weitermachen sollen, aber irgendetwas kommt uns immer in den Sinn. Die Geschichte zeigt, dass die soziale Bewegung in Guatemala sich immer wieder neu formieren konnte. Es ist noch nicht gelungen, uns auszulöschen. Wir bleiben erfindereich und wir haben heute ein internationales Netzwerk, auf das wir zählen können. Die Unterstützung von solidarischen Gruppen wie dem Guatemala-Netz Zürich ist sehr wichtig!

Ungewisse Zukunft: Wie geht es weiter mit der Schweizer Nickelmine in El Estor?

Ende Februar 2023 haben die beiden Tochterfirmen der Schweizer Solway Investment Group in Guatemala – CGN und Pronico – ihre Aktivitäten eingestellt. Grund dafür sind von den USA verhängte Wirtschaftssanktionen. Bei den Angehörigen des lokalen Widerstandes gegen das Bergbauunternehmen sorgt diese Nachricht für ein Aufatmen. Doch sie wissen: Der Kampf ist noch lange nicht vorbei! Alice Froidevaux & Barbara Klitzke

Seit vielen Jahren wehrt sich die lokale indigene Bevölkerung in El Estor gegen die Nickelmine *Fénix* und die dazugehörige Raffinerie, beide im Besitz des Schweizer-Russischen Bergbauunternehmens Solway Investment Group. Der Bergbau verschmutze den See und zerstöre ihre Lebensgrundlage, kritisieren Anwohner:innen und Fischer:innen. Zudem werden die Rechte der Maya Q'eqchi' Bevölkerung auf Selbstbestimmung und auf die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen in ihrem Gebiet missachtet. Polizei und staatliche Sicherheitskräfte reagieren auf die Proteste mit brutaler Repression. Mitglieder der Widerstandsbewegung werden eingeschüchtert, diffamiert und kriminalisiert.

US-Sanktionen zwingen Solway in die Knie

Im März 2022 kamen die «Mining Secrets» ans Licht. Die Enthüllungen eines Kollektivs internationaler Journalist:innen bekräftigten die Vorwürfe der Maya Q'eqchi' Bevölkerung gegen die Bergbaufirma: Die Vertuschung von schwerwiegenden Umweltverschmutzungen, Schmiergeldzahlungen und Geschenke an Politiker:innen, Staatsbeamte und Richter:innen sowie die Diffamierung und Bedrohungen von Aktivist:innen.

Die internationale Aufmerksamkeit als Reaktion auf die «Mining Secrets» schien sich wieder gelegt zu haben. Dann kam Ende 2022 die unterwartete Wende: Im Rahmen des *Global Magnitsky Human Rights Accountability Act* verhängte das US-Finanzministerium am 18. November Sanktionen wegen Korruption und Einflussnahme gegen den russischen Staatsbürger Dmitry Kudryakov und die Weissrussin Iryna Litviniuk sowie gegen die «direkt oder indirekt von Kudryakov kontrollierten» Unternehmen *Compañía Guatemalteca de Niquel* (CGN) und *Compañía Procesadora de Niquel de Izabal* (Pronico) und *Mayaniquel*. Für die Arbeitnehmenden in El Estor folgten Wochen der Ungewissheit. Am 28. Februar 2023 kommunizierte Solway

schliesslich, dass die zwei Tochtergesellschaften in Guatemala sich aufgrund «unvorhergesehener Schwierigkeiten als Folge dieser Sanktionen» gezwungen sehen, ihre Aktivitäten vorübergehend einzustellen. Schon am Tag zuvor, wurde den Arbeiter:innen eine einvernehmliche Vertragsauflösung angeboten, im Gegenzug zu einer Abfindung in der Höhe von vier oder fünf Gehaltszahlungen. Unterdessen wurden den meisten Arbeitnehmenden gekündigt. Nur ein paar wenige bleiben noch für notwendige Unterhalts- und Sicherungsarbeiten angestellt.

Der Schaden und die Bedrohung bleiben

«Viele der Arbeiter:innen, die eine Abfindung angenommen haben, sind inzwischen auf dem Weg in die USA,» erzählt Maria Choc, eine bekannte Figur des Widerstandes gegen die Nickelmine in El Estor. Die Gemeinde ist gespalten: Während ein Teil der lokalen Bevölkerung sich über den Stopp der Minenaktivität freut, bedauern Hunderte den Verlust ihrer Arbeit und sehen sich aufgrund mangelnder Alternativen gezwungen, einen Job in einer anderen Region oder im Ausland zu suchen. «Die Situation ist angespannt,» schildert der für seine Berichterstattung über die Minenproteste kriminalisierte Journalist Carlos Choc. «Seit der Suspendierung der Aktivitäten von CGN / Pronico haben die Drohungen gegen Anführer:innen der Protestbewegung wieder zugenommen.»

Zu dieser Spaltung der Bevölkerung hat das Nickelunternehmen jahrelang aktiv beigetragen, indem sie Arbeiter:innen bewusst gegen die Widerstandsbewegung ausspielt und Aktivist:innen korrumpiert, diffamiert und kriminalisiert. Viele der Menschenrechtsverteidiger:innen leiden seit Jahren unter der Einschüchterung und Verfolgung. Die ständige Bedrohung hat Auswirkungen auf ihr Leben und ihre Gesundheit. Carlos Choc lebt seit einiger Zeit nicht mehr in El Estor, aus Angst verhaftet zu werden. Mehrmals wurde er Opfer



Die kriminalisierte Menschenrechtsverteidigerin Maria Choc an einer Versammlung des *Consejo Ancestral Maya Q'eqchi'*. Foto: Alice Froidevaux

illegaler Hausdurchsuchung. Maria Choc braucht ärztliche Behandlung, weil die Kriminalisierung sie krank macht. «Sie haben mein Zuhause beschädigt und nicht nur mich, sondern auch meine Kinder angegriffen. Ich fühle eine grosse Trauer in meinem Leben, in meinem Territorium Körper,» sagt sie. «Dieser Zustand ist wie ein leiser, langsamer Tod.»

Auch wenn die aktuelle Situation die lokalen Widerstandskämpfer:innen für einen Moment aufatmen lässt, daran dass das jahrelange Leiden nun ein Ende hat, glauben sie nicht. «Die Mine wird weiter machen, anders organisiert, mit anderen Geldgebern. Das hat uns die Geschichte gezeigt,» sagt Maria Choc ernüchtert. Was heisst das für die Maya Q'eqchi' Bevölkerung? «Noch mehr Schaden. Schon heute sind die Berge abgetragen, wir haben kaum mehr Wasser, die Dächer unserer Häuser sind vom Rauch des Raffineriekamins beschädigt. Unsere Ernte ist kaputt, unsere Tiere haben Flecken, die wie Pilz aussehen. Die Unternehmen werden weiter unser Territorium besetzen und wenn wir unsere Stimmen erheben, werden wir zu Kriminellen gemacht,» so Maria Choc.

Aktuelle Berichte zeigen nun, dass ein kanadisches Grossunternehmen mit der US-Regierung zusammenarbeitet, um die Kontrolle des Minenprojektes «Fénix» in Guatemala zu übernehmen. Ganz uneigennützig scheinen die Wirtschaftsaktionen der USA gegen CGN / Pronico also nicht gewesen zu sein. El Estor ist Schauplatz des globalen Wettbewerbs um strategische Ressourcen.

Es braucht weiterhin unsere solidarische Unterstützung

Das Guatemala-Netz Zürich steht vor der grossen Herausforderung, in dieser komplexen Situation neue Wege zu finden, wie wir die lokale Maya Q'eqchi' Bevölkerung aus der Schweiz solidarisch unterstützen können. Im Januar 2023 besuchten Alice Froidevaux und Flurina Doppler (Guatemalanetz Bern) El Estor, um sich vor Ort ein Bild der Situation machen zu können und sich mit lokalen Akteur:innen auszutauschen. Zu spüren waren vor allem die grosse Erschöpfung und Frustration sowie die Ungewissheit der Bevölkerung – und wie schwierig es ist, auf gegenseitiges Vertrauen zu setzen, in einem so konfliktgeladenen Umfeld.

Seit Januar ist noch einmal viel passiert. Doch auch wenn sich Solway wirklich aus El Estor zurückziehen sollte, bleibt das Schweizer Unternehmen verantwortlich für die Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, die in der Zeit ihrer Aktivitäten verübt wurden. Die Konzernverantwortung muss auch nachträglich eingefordert werden, damit der Raubbau auf Kosten der Menschen vor Ort nicht weitergeht wie bisher. Wir bleiben im Austausch mit unseren lokalen Kontaktpersonen und Gruppen. Mit dem Fonds „Solidarität konkret“ können wir weiterhin gemeinsam Menschenrechtsverteidiger:innen in ihrem Kampf gezielt unterstützen (weitere Information zum Fonds auf S. 10).

Tätigkeitsbericht 2022

Im Vorstand des Guatemala-Netz Zürich beobachten wir die fortschreitende Konsolidierung eines autoritären Staates in Guatemala mit grosser Sorge. Die Flut negativer Nachrichten löst oft Ohnmachtgefühle aus. Das Ausmass der Ungerechtigkeit und die Not vieler Menschen in Guatemala sind enorm – unsere Ressourcen als ehrenamtliche Solidaritätsgruppe hingegen gering. Dennoch bleiben wir überzeugt, dass Aktivwerden das beste Mittel gegen die Ohnmacht ist, und dass unsere langfristige Solidarität mit dem Kampf für Frieden und Menschenrechte in Guatemala eine wichtige Botschaft ist. Solange uns freundschaftlich verbundene Aktivist:innen in Guatemala weiter mutig für ihre Rechte eintreten, wie sollen wir da ans Aufgeben denken?

Information, Sensibilisierung und Advocacy

Aufgrund der limitierten Ressourcen des Vorstandes haben wir im 2022 noch stärker versucht, Prioritäten zu setzen und Kräfte zu bündeln. Wir fragten uns konsequent, welche Art von Aktivität in welchem Fall am meisten Erfolg verspricht. Darum haben wir mit Gästen aus Guatemala vermehrt auf Austauschtreffen mit Vertreter:innen gleichgesinnter Organisationen oder Behörden gesetzt, statt öffentliche Veranstaltungen zu organisieren.

Zudem haben wir noch enger mit dem Guatemalanetz Bern sowie mit anderen verbündeten Organisationen zusammengearbeitet.

Veranstaltungen

Die Rahmenveranstaltung zur Mitgliederversammlung im Juni 2022 führten wir zusammen mit dem Honduras Forum Schweiz durch. Unter dem Titel *Crónicas desde las comunidades en resistencia* teilten unsere Gäste aus Guatemala und Honduras ihre Erfahrungen im Kampf für die Menschenrechte im Kontext extraktivistischer Wirtschaftsprojekte mit uns. Für einmal konnte Rigoberto Juárez vom *Gobierno Ancestral Plurinacional en el Norte de Huehuetenango* eine gute Nachricht überbringen: Im Fall des Wasserkraftwerkes in Ixquisis hat die Interamerikanische Entwicklungsbank aufgrund von Menschenrechtsverletzungen und der Verletzung indigener Rechte ihre Investitionen zurückgezogen. Die indigene Widerstandsbewegung feiert diesen wichtigen Etappensieg, den sie mit Unterstützung der Internationalen

Plattform gegen Straflosigkeit (zu der wir auch als Guatemala-Netz Zürich gehören) errungen hat. Gleichzeitig sind sich Rigoberto Juárez und seine Mitstreiter:innen bewusst, dass weitere grosser Herausforderungen bevorstehen. Die Interamerikanische Entwicklungsbank hat einen Aktionsplan zum «verantwortungsvollen Rückzug» entworfen. Um die entstandenen Schäden wirksam anzugehen und tragfähige Lösungen zu erarbeiten, muss die Bank die betroffene indigene Bevölkerung unbedingt in die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung des Plans einbeziehen.

Als Fortsetzung des 2021 durchgeführten Webinars zur Bedeutung der Maya-Medizin in der heutigen Zeit war die guatemaltekische Medizinanthropologin Dr. Mónica Berger im Oktober für verschiedene Veranstaltungen in der Schweiz. Unter anderem hat sie an der Universität Zürich für Medizinstudierende und weitere Interessierte ein Referat zum Thema «*Kawilal in Maya ethnomedicine: An Indigenous One Health Approach?*» gehalten.

Im Rahmen ihrer Vortragsreise in Europa besuchten im November zwei guatemaltekische Richter und die Ex-Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz die Schweiz, um über die kritische Situation der Rechtsstaatlichkeit sowie der Bedrohung und Kriminalisierung von unabhängigen Justizbeamten und Menschenrechtsaktivisten zu informieren. Bereits mehr als 20 guatemaltekische Justizangestellte sahen sich gezwungen, ins Exil zu fliehen, um ihr Leben zu schützen. Aus Sicherheitsgründen war keine öffentliche Veranstaltung möglich. Zusammen mit dem Guatemalanetz Bern organisierten wir für die Delegation Austauschtreffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie mit dem SP-Nationalrat Fabian Molina und Vertreter:innen des EDA, der Deza und der Abteilung Frieden und Menschenrechte (AFM). Zudem erreichten wir, dass ein Interview mit Claudia Paz y Paz in der Sendung «Echo der Zeit» von Radio SRF ausgestrahlt wurde. Der Beitrag vom 30. November 2022 mit dem Titel «Guatemalas Rechtsstaat ist ausgehöhlt» kann unter www.srf.ch/audio/echo-der-zeit nachgehört werden.

Der Fall Solway

Auch 2022 lag ein wichtiger Schwerpunkt unserer politischen Arbeit auf dem Fall der Schweizer Nickelmine Fénix in El Estor. Anfang März brachten neue Enthüllungen eines internationalen Kollektivs von Journalist:innen unter dem Namen «Mining Secrets» neue Beweise in den Fall (siehe GUATE-NETZ Nr. 70). Eine riesige Menge gehackter Firmendaten bekräftigen die Vorwürfe der lokalen Maya Q'egchi' Bevölkerung gegen das Bergbauunternehmen. Sie belegen die Vertuschung von schwerwiegenden Umweltverschmutzungen, Schmiergeldzahlungen an Politiker:innen, Staatsbeamte und Richter:innen sowie die Diffamierung und Bedrohungen von Aktivist:innen.

Auch verschiedene Schweizer und deutsche Medien haben die Geschichte rund um die «Mining Secrets» aufgenommen. In diesem Zusammenhang wurden die Guatemala-Netze Zürich und Bern von verschiedenen Journalist:innen – unter anderem der WOZ, der Süddeutschen Zeitung und des Westschweizer RTS – kontaktiert. Aufgrund unserer Kontakte zur lokalen Widerstandsbewegung und zu guatemaltekischen Begleitorganisationen sowie der langjährigen Dokumentation der Ereignisse in El Estor werden wir als Expert:innen und somit als wichtige Ansprechpartner:innen für den Fall wahrgenommen.

Die Enthüllungen von «Mining Secrets» lösten weltweite Reaktionen aus und brachten Solway und deren guatemaltekische Tochterfirmen unter Druck. Das finnische Werkstoffunternehmen Outokumpu stellte gleich im März seine Ferronickel-Bestellungen bei Solway ein und bestätigte den Verkaufsstopp nach einer Untersuchung der lokalen Menschenrechtssituation im Mai. Auf öffentlichen Druck des Regie-Duos Yana Ross und Lukas Bärfuss trennten sich die Salzburger Festspiele im Juli von Solway als Sponsor. In der Schweiz formulierten die Guatemala-Netze Zürich und Bern in Zusammenarbeit mit der Koalition für Konzernverantwortung eine Interpellation zum «Geschäftsgebaren des Zuger Rohstoffkonzerns Solway in Guatemala», die SP-Nationalrat Fabian Molina in der Mai-Session des Parlaments einreichte. Die Antwort des Bundesrates blieb einmal mehr ernüchternd und auch die Bemühungen von EDA und Seco, die Schweizer Solway Investment Group nach den erhärteten Vorwürfen in die Pflicht zu nehmen, haben sich nicht merklich verstärkt.

Als sich die internationale Aufmerksamkeit als Reaktion auf die «Mining Secrets» bereits wieder gelegt zu haben schien, trat am 18. November 2022 eine entscheidende Wende ein:

Gestützt auf den Global Magnitsky Human Rights Accountability Act verhängte das US-Finanzministerium am 18. November Sanktionen wegen Korruption und Einflussnahme gegen die beiden guatemaltekischen Tochterunternehmen von Solway – *Compañía Guatemalteca de Niquel* (CGN) und *Compañía Procesadora de Niquel de Izabal* (Pronico) – sowie gegen zwei Personen in deren Firmenleitung. In der Folge sahen sich CGN und Pronico im Februar 2023 gezwungen, ihre Aktivitäten vorübergehend einzustellen. Das Guatemala-Netz Zürich beobachtet den Fall weiter (mehr dazu auf Seiten 6 - 7).

Info-Bulletin GUATE-NETZ

Erstmals verschickten wir 2022 nur noch ein Info-Bulletin. Der Aufwand für die Produktion eines gut recherchierten, geschriebenen und gestalteten Hefts ist zu hoch, als dass wir diesen in unserer momentanen Zusammensetzung mehrmals im Jahr stemmen könnten. Als Vorstand haben wir uns deshalb entschieden, dass unsere Mitglieder in Zukunft unser GUATE-NETZ nur noch einmal jährlich erhalten – als Guatemala-Netz Jahresbericht mit Kontextanalyse.

Ein konkreter Beitrag

Mit unseren beiden Fonds «Solidarität konkret» und «Bildung bewegt» konnten wir auch 2022 bedrohte Menschenrechtsverteidiger:innen sowie junge Frauen und Männer auf dem Weg zu einer höheren Bildung konkret unterstützen. Die ausführlichen Berichte zum Fonds für Menschenrechtsverteidiger:innen und zum Stipendienprojekt in San Marcos finden Sie auf Seiten 10 - 11.

Wir danken unseren Mitgliedern und Spender:innen ganz herzlich für ihre Unterstützung und Solidarität. Gerne nehmen wir Ihre Anregungen und Vorschläge entgegen und freuen uns, dass Sie dem Guatemala-Netz Zürich die Treue halten.

Im Namen des Vorstandes,

Alice Froidevaux

«Solidarität konkret»: Bericht 2022

Für die meisten Einwohner:innen von Guatemala hat sich die Situation auch im vergangenen Jahr verschlechtert. Die Institutionen des Staates von der Regierung über die Ministerien und das Parlament bis hin zu Staatsanwaltschaften und Gerichten sind fast alle mit Personen besetzt, die dem «Pakt der Korrupten» zugerechnet werden. Die Lebensmittelpreise sind enorm angestiegen. Umweltkatastrophen zerstören immer wieder Ernten. Die Zahl der mangel- oder unterernährten Kinder ist erschreckend hoch. Die Qualität der öffentlichen Schulen ist weitherum schlecht. Für die jungen Menschen gibt es kaum Perspektiven, so dass viele sich auf den Weg nach Mexiko oder die USA machen, um sich und ihre Familien aus der Armut zu befreien.

Das Leben der Maya-Bevölkerung hängt eng mit dem Boden und ihrem Lebensraum zusammen. Dies entspricht ihrer Kosmvision und wird in ihren Ritualen gepflegt. Doch werden die Territorien auch von den Grossgrundbesitzern beansprucht, die dort koloniale Produkte wie Zucker, Kaffee, Bananen oder Palmöl gewinnen, und von transnationalen Konzernen, die Rohstoffe wie Gold, Silber, Nickel und Erdöl fördern. Als Guatemala-Netz Zürich stehen wir hauptsächlich auf der Seite der indigenen Bevölkerung, die im Rahmen der guatemalteckischen Rechtsordnung ihre Lebensgrundlage Boden mit ihrem Wasser, ihren Pflanzen und Wäldern und ihren Dorfgemeinschaften bewahren will.

Über unseren seit 2015 bestehenden Fonds «Solidarität – konkret» konnten wir dank Zuwendungen von Stiftungen, Kirchgemeinden und Privatpersonen auch im Jahr 2022 Menschenrechtsverteidiger:innen, die aufgrund ihres Engagements in Not gerieten, unbürokratisch Hilfe leisten. Ein geografischer Schwerpunkt unserer Unterstützung war erneut die Region El Estor. Neben den Fällen der Kriminalisierung gegen Menschenrechtsverteidiger:innen rund um die Schweizer Nickelmine «Fénix», standen auch Dorfgemeinschaften am südlichen Ufer des Izabalsees verstärkt unter Druck. Die Palmölfirma NaturAceites breitet sich in der Region weiter aus und es kam zu Vertreibungen der Bevölkerung mit Hilfe von Polizei und Armee. Weitere bedrohte Menschenrechtsverteidiger:innen beziehungsweise ihre Familien konnten wir in den Regionen Altaverapaz und Huehuetenango unterstützen.

Weil es uns wichtig ist, dass die Betroffenen eine vertrauenswürdige Ansprechperson vor Ort haben, baten wir unsere Person des Vertrauens – eine indigene Juristin mit langjähriger Erfahrung in den sozialen Kämpfen Guatemalas – unser Engagement ab August 2022 bis auf weiteres offiziell zu koordinieren. Durch ihre Besuche wird die Basis des gewaltlosen Widerstands in den comunidades auch moralisch gestärkt. Wir stellen ihr auch einen Notfallfonds zur Verfügung, dank dem sie Menschenrechtsverteidiger:innen, die durch ihren Einsatz für ihre kollektiven Rechte in eine akute Notlage geraten, sofort helfen kann.

Allen, die sich aktiv für den Fonds engagiert haben, danken wir von Herzen!

Institutionen, die uns 2022 eine Spende zukommen liessen:

- Bruderklausen-Stiftung, Zürich
- Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde, Winterthur-Mattenbach
- Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde, Zürich Kirchenkreis 11
- Gruppe Solidarität weltweit, Düdingen
- Maya Behn-Eschenburg Stiftung, Zürich
- Römisch-katholische Pfarrei St. Antonius, Wallisellen
- Stiftung der Ilanzer Dominikanerinnen
- Verein FDV Guatemala, Niederuzwil

Für den Vorstand
Toni Steiner

Mit einer Spende für den Fonds für Menschenrechtsverteidiger:innen können auch Sie mutige Frauen und Männer unterstützen, die wegen ihres Engagements für Frieden und Gerechtigkeit oder ihres Einsatzes für Menschen- oder kollektive Rechte in Not geraten.

Vielen Dank für Ihre Solidarität!

**Guatemala-Netz Zürich, 8049 Zürich
IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1
Vermerk «Fonds MRV»**

«Bildung bewegt»: Bericht 2022

Das Departement San Marcos liegt im Nordwesten Guatemalas. Der Norden ist geprägt von kleinbäuerlichen Betrieben, der Süden von Kaffeeplantagen. Die internationalen Konzerne, die Wasserkraft und Bergbauprojekte betreiben, bieten wenig Arbeitsmöglichkeiten. Anstellungen in staatlichen Betrieben gibt es nur wenige. Entlang der langen Grenze zu Mexiko hat sich neben dem legalen Grenzverkehr eine wichtige Transitroute für den Menschenschmuggel und die Drogenmafia herausgebildet.

Um sich und ihre Familie aus der Armut zu befreien, wollen viele junge Männer und Frauen in die USA auswandern, obwohl sie wissen, dass der Weg dorthin immer gefährlicher wird. Ein anderes gefährliches Auskommen bietet die Drogenmafia. San Marcos wird von der Mafia nicht nur als Transitroute benutzt; seit Jahren wird in abgelegenen Tälern Schlafmohn und Hanf angepflanzt.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, den jungen Männern und Frauen andere Perspektiven zu ermöglichen. Seit 25 Jahren kämpft die Landarbeiter:innenbewegung MTC mit ihren Programmen für bessere Lebensbedingungen, wobei die Bildung einen bedeutenden Pfeiler bildet. Die Vergabe von 24 Stipendien an junge Frauen und Männer mag vielleicht wie ein Tropfen auf einen sehr heißen Stein scheinen. Für die Begünstigten ist dieser Tropfen jedoch entscheidend.

Immer wieder haben die Stipendiat:innen auch die Möglichkeit an Weiterbildungen teilzunehmen. 2022 nahmen zehn Studierende am internationalen Austausch zur Kampagne «Piénsalo 2 Veces» (Überlege es dir zwei Mal) teil, der von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) organisiert wurde. Die Jugendlichen tauschten sich über ihre Situation aus, und darüber, wie sie diese verändern können und was für Alternativen es zur Migration gibt. Die Teilnehmenden fungieren nun auch als Botschafter:innen, tragen ihre Erkenntnisse weiter und führen in ihren Gemeinden mit den Kindern, Jugendlichen und Eltern wichtige Diskussionen zum Thema. Zusammen mit den regionalen Jugendkomitees produzieren die Studierenden auch regelmässig Podcasts zu Themen wie Drogen, Migration, Umweltzerstörung und Gewalt. «Die Podcasts sind bei einem breiten

Publikum sehr beliebt,» unterstreicht die Koordinatorin des Stipendienprogramms Julissa Barrios am Telefon.

Auch 2022 haben die Begünstigten in ihren Gemeinden Projekte zur Aufforstung, Gemüse- und Heilkräuterproduktion und zum Sammeln von Abfall durchgeführt. Einige Studierende haben auch Bastel-, Spiel- und Sportnachmittage für Kinder organisiert. Die Auswirkungen der Schulschliessungen zur Eindämmung der Coronapandemie sind noch nicht überwunden. Darum erteilen verschiedene Studierende weiterhin Nachhilfeunterricht, damit die Kinder dem Schulstoff folgen können.

Als besonderes Highlight 2022 konnte die Landarbeiter:innenbewegung MTC 2022 ihr 25-jähriges Bestehen feiern. Wie aus dem Tätigkeitsbericht hervorgeht, haben die Studierenden wesentlich zum Gelingen der Feierlichkeiten in verschiedenen Regionen beigetragen. Sie haben zusammen mit Jugendgruppen Theatervorstellungen aufgeführt, Musikgruppen verpflichtet und den Festbetrieb organisiert. Die Studierenden blicken zusammen mit der Landarbeiter:innenbewegung MTC und ihren Gemeinden auf ein intensives, arbeitsreiches Jahr zurück. Alle 24 Begünstigte haben die zwei Semesterabschlussprüfungen bestanden. Fünf konnten ihre Ausbildung mit Erfolg beenden.

Wir bedanken uns im Namen der Stipendiat:innen und der Landarbeiter:innenbewegung MTC ganz herzlich für Ihre Unterstützung!

Auch im Jahr 2023 möchten wir 24 Stipendien an Studierende ermöglichen, die sich tatkräftig in ihren Gemeinden engagieren. Wir würden uns sehr freuen, Sie weiterhin zu unseren Spender:innen zählen zu dürfen.

Für den Vorstand
Silvia Brennwald

Mitgliederversammlung 2023

Donnerstag 1. Juni 2023, 18 Uhr im Haus h50

Hirschengraben 50, Zürich

17:45h Sich einfinden und austauschen

18:00h Mitgliederversammlung statuarischer Teil

Kurze Pause

19.00h Rahmenprogramm mit Video-Input von Miguel Mörth zur aktuellen politischen Situation in Guatemala

20.00h Apéro

Der deutsche Anwalt und Menschenrechtsexperte Miguel Mörth lebt seit bald 30 Jahren in Guatemala. Über das Guatemala-Netz Bern berichtet er seit 2015 direkt aus dem zentralamerikanischen Staat über die Situation der Menschenrechte, soziale Konflikte und politischen Entwicklungen im Land. Für seine Arbeit in der Comisión Internacional de Juristas (CIJ, internationale Jurist:innenkommission) und im Bufete Jurídico de Derechos Humanos (Anwaltsbüro für Menschenrechte) in Guatemala wurde auch Miguel Mörth überwacht, bedroht und kriminalisiert.

Anmeldung erwünscht unter info@guatemalanetz-zuerich.ch

Wir freuen uns auf einen spannenden und geselligen Abend mit Ihnen!

Für den Vorstand grüsst Sie herzlich,

Alice Froidevaux

Impressum: Nr. 71, Mai 2023

Erscheint jährlich.

www.guatemalanetz-zuerich.ch info@guatemalanetz-zuerich.ch

<https://www.facebook.com/GuatemalaNetz>

Redaktion: Alice Froidevaux

Layout: Alice und Pascal Froidevaux. Lektorat: Jacqueline Hefti, Michael Kohli, Barbara Klitzke

Administration: Silvia Brennwald

Guatemala-Netz Zürich, 8049 Zürich

IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1